

Superreiche gerecht besteuern

Sozialstaat, Daseinsvorsorge und Klimaschutz benötigen Geld – weltweit

Sommer 2025

Sonderseiten „Vermögen besteuern jetzt“

Das Geld von den Überreichen holen

Milliardäre* werden immer reicher, sind die größten Klimakiller und zerstören staatliche Strukturen. Die Ungleichheit hat ein gefährliches Ausmaß angenommen

Die Politik hat verstanden, dass sie Geld in die Hand nehmen muss. 500 Milliarden Euro für die Infrastruktur sind dringend notwendig. Allerdings sollen die Investitionen vollständig durch neue Schulden finanziert werden. Davon profitieren würden erneut die Reichsten, weil sie die größten Kreditgeber sind. Schon in den vergangenen Jahrzehnten haben sie ungeheure Summen angesammelt, während der Staat und viele Menschen ärmer wurden. Jetzt ist der Moment, diesen Teufelskreis zu durchbrechen.

Reiche beziehen ihr Einkommen überwiegend aus Vermögen – über Mieten, Dividenden und Zinsen. Normale Menschen müssen dagegen viel und lange Erwerbsarbeit leisten – sofern Kinderbetreuung oder Pflege der Eltern das zulassen.

„Ihr seid ja bloß neidisch“, könnte man entgegnen. Doch das Problem hat längst die Zone von privatem Neid verlassen. Fast die Hälfte der Menschheit lebt in Armut; in Deutschland erfahren fast 20 Prozent aller Kinder, was das heißt. Die Ungleichheit hat ein Ausmaß angenommen, das es schwer macht, anschauliche Vergleiche zu finden. Ein einzelner Mensch wie Elon Musk besitzt über eine Million mal so viel Vermögen wie der Durchschnitt der deutschen Bevölkerung – sogar alle Milliardäre eingerechnet.

Die Spaltung der Gesellschaft wächst, die globale Ordnung zerfällt. Die Daseinsvorsorge – Bildung, Gesundheit, Infrastruktur – geht immer mehr kaputt. Die Herausforderungen der Klimaerhitzung dulden keinen Aufschub.

Sollten starke Schultern da nicht am meisten tragen? Von wegen! Reiche sind nicht nur reich, ihre Steuer- und Abgabensätze sind auch noch wesentlich geringer als die der großen Mehrheit. Das ist ungerecht. Sie angemessen an der Finanzierung des Gemeinwohls zu beteiligen muss jetzt durchgesetzt werden. Dann ist genug Geld für alle da!

Vor diesem Hintergrund hat sich 2024 ein breites Bündnis gebildet: die Allianz „Vermögen besteuern jetzt“. Ihr gehören inzwischen 35 Organisationen an, darunter Gewerkschaften, Wohlfahrts- und Sozialverbände, international aktive NGOs und Umweltverbände. Zusammen vertreten sie über zehn Millionen Mitglieder. Aus diesem Kreis haben zwölf Organisationen diese Sonderseiten ermöglicht, die stellvertretend von Attac, dem DGB, Gemeingut und dem VdK herausgegeben werden.

884.900 CM

WENN MAN EINKOMMEN IN ZENTIMETERN MESSEN WÜRDÉ ...

Ist in echt noch viel höher...

Das ist ein Ei!

7 CM

Facharbeiterin

42 CM

Bundeskanzler

Multimilliardär Kühne

* Die überwiegenden Mehrheit der Milliardär:innen sind Männer, laut Forbes-Liste 89 Prozent. Darum wurde entschieden, auf diesen Seiten die männliche Form zu verwenden.

So ungleich ist das Einkommen in Deutschland verteilt

Milliardäre beziehen fast ihr gesamtes Einkommen aus ihrem Vermögen, normal verdienende Menschen aus ihrer Arbeit. Ein Multimilliardär wie Klaus-Michael Kühne erhält in einem Jahr etwa so viel Geld wie 21.600

Bundeskanzler:innen zusammen. Und ein Bundeskanzler verdient immerhin noch sechs Mal so viel wie ein Facharbeiter. (Grafik: Esther Gonstalla; Grafikidee: susanne.koch@gmx.de)

Privat gegen Staat – 25:1

Gründe für die bröckelnde Infrastruktur sind Privatisierungen und mangelnde Besteuerung der Reichen

Wer nicht viel Geld hat, ist auf öffentliche Bildungs- und Gesundheitssystem und ein gutes Verkehrsangebot angewiesen. Doch Schulen und Straßen verfallen, Krankenhäuser schließen, Züge und Busse kommen zu spät oder fallen gleich ganz aus, Behörden sind nicht erreichbar. Es gibt zu wenig Lehrer:innen und Erzieher:innen. Die Benachteiligung von Kindern aus ärmeren Familien hat bestürzende Ausmaße erreicht. Das alles spaltet die Gesellschaft. Die Infrastruktur muss saniert, mehr Personal in den Pflege- und Bildungsbereichen angestellt werden.

Wie kaputt alles ist, kommt erst nach und nach ans Licht. Der Investitionsstau beträgt in den nächsten zehn Jahren 600 Milliarden Euro, hatten das arbeitgebernahe Institut der deutschen Wirtschaft IW und das gewerkschaftsnahe IMK 2024 gemeinsam ermittelt. Vor allem die Kommunen sind völlig unterfinanziert. Sie benötigen 177 Milliarden Euro für die Sanierung öffentlicher Infrastrukturen; dazu kommen Gebäude in freigemeinnütziger Trägerschaft, für die sie ebenfalls Verantwortung tragen.

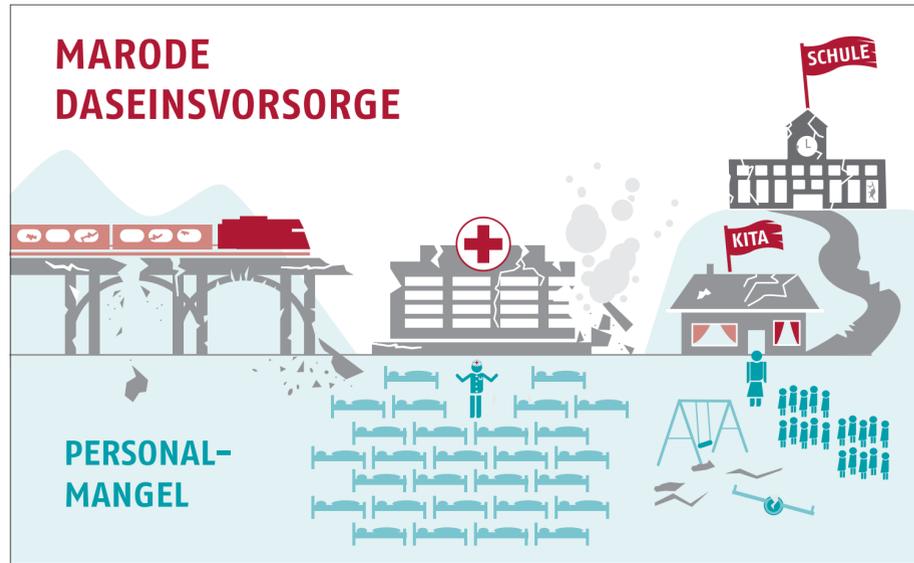
Trotzdem will die sich anbahnende schwarz-rote Koalition lediglich 100 Milliarden Euro aus dem geplanten Sonderver-

mögen an Länder und Kommunen abgeben. Im Klartext: Das wären etwa fünf Milliarden Euro jährlich für Städte und Gemeinden und damit für alle Schulen, kommunale Straßen, Trinkwassernetze und den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs. Tropfen auf heiße Steine.

Der Staat war nicht immer so arm. Im Jahr 1970 besaßen die Bürger:innen Deutschlands nur etwa doppelt so viel wie der Staat. Doch Wohnungen, Krankenhäuser und Wasserwerke wurden seit den 1980er Jahren verkauft – zu Spottpreisen. Dividenden und Zinsen fließen nun auf Privatkonten. Aus öffentlichem Vermögen wurde privater Reichtum. Im Jahr 2020 war das Privatvermögen schon 25mal so groß wie das Vermögen des Staates.

Öffentliches Vermögen soll die Basis schaffen für ein Leben in Würde für alle – sein Mehrwert entsteht im Gemeinwohl. Das bedeutet: ohne öffentliches Vermögen kein Gemeinwohl, nur Privatwohl. Neue Schulden helfen allenfalls kurzfristig, weil die Privaten über die Zinsen faktisch den Staat besteuern.

Deshalb brauchen wir die Vermögenssteuer, eine Erbschaftsteuer ohne scheuenertragreiche Lücken und die Abschaffung zahlreicher Steuererleichterungen für Superreiche.



„In Deutschland geht es krass ungerecht zu“

Heike Towae aus Köln ist in der Armuts- und Klimabewegung aktiv. Sie ist erwerbsunfähig und kann sich kein gesundes Essen mehr leisten

Die künftige schwarz-rote Regierung hat sich darauf geeinigt, die Bezugsbedingungen für Bürgergeld zu verschärfen. Von höheren Sätzen ist nicht die Rede. Dabei reicht das Geld nicht einmal für die Grundbedürfnisse aus. Eine Betroffene berichtet:

„Ich heiße Heike Towae, bin 54 Jahre alt und lebe in Köln. Ich bin gelernte Diplom-Sozialarbeiterin und Köchin und vor etwa zehn Jahren aufgrund einer Erkrankung erwerbsunfähig geworden. Deshalb beziehe ich Rente und Grundsicherung – das sind 556 Euro. Ich lebe mit meinem Kater in meiner 40-Quadratmeter-Wohnung und bin hier in der Gegend sehr verwurzelt. Zum Glück liegt die Miete mit 650 Euro gerade noch im Rahmen der Angemessenheit, sonst müsste ich aus dem Regelsatz zuschießen.“

So wenig Geld zu haben bedeutet, immer Zuschauerin zu sein. Man guckt zu, wie andere leben und sagt ständig zu sich selbst: nein, nein, nein. Einfach mal ausgehen mit Leuten oder Veranstaltungen mit Eintritt – das ist nicht drin.

Hier in Köln gibt es eine Kulturliste; wenn noch Karten übrig sind, kann es sein, dass die anrufen und ich dann mal irgendwo reinkomme. Aber das ist nicht häufig. Schön ist, dass ich viele Leute kenne, die gerne kostenlose Sachen machen, also Picknick am Baggersee, spazieren gehen oder Fotosafari. Zum Glück habe ich mein Foto-Equipment nie verkauft.

Ich bin aktiv in der Armutsbewegung und der Klimabewegung, wobei ich das eher Welt-schutz nenne, weil es ja auch das Artensterben und viele andere ökologische Probleme gibt. Gerade geht es darum, ein kleines Waldstück gegen Kahlschlag zu verteidigen. Wenn ich eine Mitfahrgelegenheit finde, kann ich mitmachen. Hier in Köln erledigte ich fast alles mit dem Rad. Wenn ich den ÖPNV nutzen muss, kaufe ich mir ermäßigte Streifenkarten. Ich fahre vielleicht zwei- bis viermal im Monat mit öffentlichen Verkehrsmitteln.

Ich soll darauf achten, mich vollwertig zu ernähren und wenig gesättigte Fettsäuren

zu mir zu nehmen. Aber mit den 6,24 Euro für Essen pro Tag kann ich das nicht umsetzen. Damit ist es unmöglich, sich nach den Standards der Deutschen Gesellschaft für Ernährung zu ernähren. Das sagt auch die Wissenschaft. Ich muss essen, was ich kriegen – und das ist natürlich oft nicht besonders gesund. Weißmehlprodukte sind günstiger als Vollkorn, verpacktes Standardgemüse ist günstiger als loses Biogemüse.

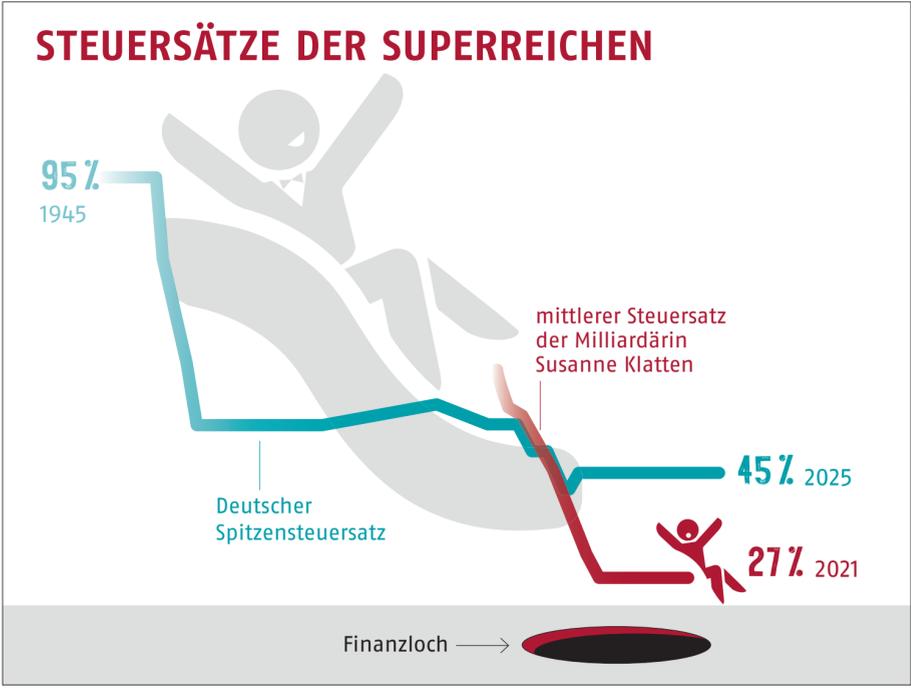
Die Preise für Kartoffeln sind extrem gestiegen. Wenn ich um 12.30 Uhr auf dem Markt günstig drei Kilo von irgendwas kriege, koche ich das oft ein; ich weiß ja, wie das geht. Und jetzt freue ich mich sehr auf den Frühling, auf den jungen Giersch, auf Brennesseln und Löwenzahn. Etwa eine Viertelstunde mit dem Rad entfernt wächst im Wald Bärlauch ohne Ende. Da fahre ich manchmal auch einfach hin und hänge meine Hängematte auf.

Meinen Laptop habe ich mir krass zusammengespart, das hat wirklich lange gedauert. Das Smartphone habe ich von einem Freund geschenkt gekriegt, als er es abgelegt hat. Ich habe einen Vertrag, bei dem ich nur einen Zehner zahle. Das geht.

Ich finde, dass es in Deutschland extrem ungerecht zugeht. Viele Milliardäre sind völlig leistungslos an ihr Vermögen gekommen, profitieren von der Infrastruktur und machen sich bei den Steuern einen schlanken Fuß. Diese Gerechtigkeitslücke ist nachweislich ein massiver Treiber für Rechtsextremismus, das ist gefährlich. Neben einer Vermögenssteuer müsste es aus meiner Sicht auch eine angemessene Erbschaftsteuer geben.

In Köln sind wir eine kleine Gruppe organisierter Armutsbetroffener. Seit zweieinhalb Jahren ziehen wir monatlich unsere Kundgebungen am Breslauer Platz durch. Manchmal sind wir nur zehn Leute. Aber wir wollen sichtbar sein.

Das Gefühl der Scham ist unter Armutsbetroffenen weit verbreitet. Ich persönlich hatte das aber nie. Ich habe ein Studium und einen Gesellenbrief, habe immer gearbeitet und dann bin ich krank geworden. Wofür sollte ich mich schämen?“



Vermögenssteuern sind kein Sozialismus

Die Steuersätze von Überreichen sinken in Deutschland und weltweit

Hohe Steuern für Reiche waren eine wichtige Grundlage des deutschen Wirtschaftswunders nach dem 2. Weltkrieg. Vorbild war die Politik des US-Präsidenten Roosevelt. Dem war es durch einen Spitzensteuersatz von zeitweise 94 Prozent und hohe Erbschaftsteuern gelungen, in den 1930er Jahren die Spaltung der Gesellschaft entgegenzuwirken, eine einkommensstarke Mittelschicht zu schaffen, und so mutmaßlich einen Faschismus in den USA zu verhindern. Der Staat konnte investieren und die Wirtschaft ankurbeln.

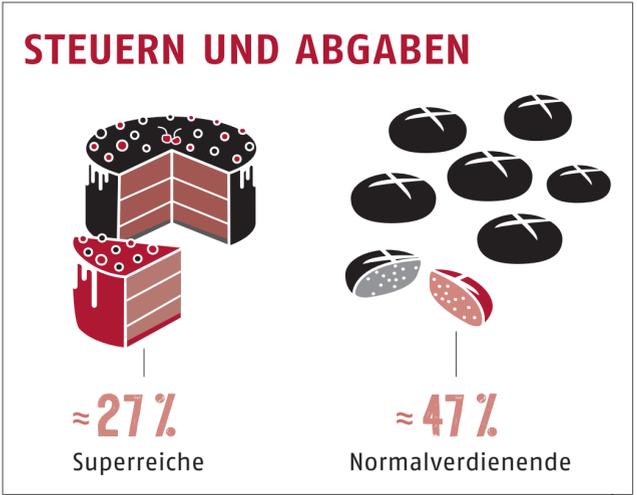
Bis in die 1960er Jahre lag der Spitzensteuersatz in den USA bei über 90 Prozent. Nach dem Zweiten Weltkrieg waren hohe Einkommens- und Vermögenssteuern in vielen Ländern einschließlich Deutschland allgemein akzeptiert. Mit dem Aufstieg der neoliberalen Idee vom „schlanken Staat“ wurden die Steuern auf Vermögensanhäufung gesenkt – weil die Reichen angeblich zum Wohle der Allgemeinheit investieren und Arbeitsplätze schaffen. Tatsächlich verfiel seit den 1980er Jahren die öffentliche Daseinsvorsorge, während die Vermögen der Superreichen gigantisch wuchsen.

Die CDU-geführte Regierung unter Helmut Kohl setzte die Vermögenssteuer 1997 aus. Zuvor hatte das Bundesverfassungsgericht bemängelt, dass Immobilien niedriger bewertet wurden als Wertpapiere und Barvermögen, was gegen den Gleichheitsgrundsatz verstoße. Keineswegs hat das oberste Gericht

die Steuer damit grundsätzlich verboten, sondern die Regierung vielmehr aufgefordert, neue Berechnungsgrundlagen zu erarbeiten. Das ist nicht passiert – bis heute. Und so hat unsere Gesellschaft seitdem den sagenhaften Verlust von 425 Milliarden Euro erlitten.

Lobbyorganisationen der Superreichen wehrten bisher sehr erfolgreich alle Versuche ab, Vermögen steuerlich wieder stärker zu belasten. Sie denunzieren das gerne als „Sozialismus“ und behaupten, dass große Vermögen durch harte Arbeit erworben worden seien, nach dem Motto „vom Tellerwäscher zum Millionär“. Tatsächlich sind heute über die Hälfte der großen Vermögen erblich. Davon bekommt der Staat aufgrund von Sonderregelungen kaum etwas ab. So wurden 2023 Kindern von Überreichen 43 Milliarden Euro steuerfrei übertragen. „Wer dem Volk anstrengungslosen Wohlstand verspricht, lädt zu spätromischer Dekadenz ein“, mit diesen Worten geißelte FDP-Chef Guido Westerwelle 2010 nicht Milliardäre, sondern Beziehende von Sozialhilfe. Besonders absurd: Es gibt „bedürftige“ Milliardäre und Stiftungen. Die erhielten 2023 allein 2,1 Milliarden Erlöse von der Erbschaftsteuer.

Steuererleichterungen für Superreiche sind ein weltweiter Trend. Viele Staaten haben in den letzten Jahrzehnten die Steuern auf Unternehmensgewinne und Vermögen gesenkt. Amazon-Chef Jeff Bezos zahlte 2007 und 2011 überhaupt keine Steuern, genauso wie Tesla-Chef Elon Musk 2018.



Durchschnittlich Verdienende müssen ungefähr die Hälfte ihres Geldes für Sozialabgaben, Einkommens- und Mehrwertsteuer abgeben – hier dargestellt als Brötchenhälfte. Milliardäre hingegen müssen nur ein gutes Viertel abgeben – hier dargestellt in Kuchenanteil.

Der Steuersatz der BMW-Erbin und reichsten Frau Deutschlands, Susanne Klatten, hat sich seit 1996 mehr als halbiert. 2023 warfen Klattens BMW-Anteile einen Gewinn von 2,2 Milliarden Euro ab. Etwa 750 Millionen Euro ließ sie sich auszahlen. Solange sie diese Geld in ihrer Holding-Gesellschaft anhäuft, werden darauf maximal 1,5 Prozent Steuern fällig. Selbst wenn man die von BMW gezahlten Unternehmensteuern dazurechnet, zahlte Klatten weniger als 30 Prozent Steuern.



Milliardäre sind die größten Klimakiller

Superreiche belasten Mitmenschen und Erde schwer

Überreiche investieren viel in fossile Energien und pflegen einen opulenten Lebensstil. Deshalb verursachen die 30 reichsten Deutschen pro Kopf in fünf Minuten so viele klimaschädliche Emissionen wie eine Durchschnittsbürgerin im ganzen Jahr. Und Elon Musks Privatjet stößt jährlich so viel Treibhausgas aus wie ein Durchschnittsmensch in 834 Jahren. Das Motto des reichsten Mannes der Welt: Den Schaden vergessellschaften, den Nutzen privatisieren.

Viele Superreiche investieren in fossilintensive Branchen. Vor allem durch ihre Unternehmen waren die 30 reichsten Deutschen 2023 für rund 23 Millionen Tonnen CO₂ verantwortlich. Allein Klaus-Michael Kühnes Firmenbeteiligungen an der Reederei Hapag Lloyd und dem Logistikdienstleister Kühne + Nagel summieren sich 2021 auf vier Millionen Tonnen CO₂.

Milliardäre führen ein CO₂-intensives Privatleben. Für ihre Mobilität nutzen sie gerne ihre eigenen Jachten und Flugzeuge. Deutsche Milliardär:innen belasten das Klima dadurch im Durchschnitt mit 378 Tonnen CO₂. Mit dieser Menge könnte ein normales Auto eine Strecke zurücklegen, die 75 Erdumrundungen entspricht. Die am wenigsten klimaschädlichen zehn Prozent der Bevölkerung in Deutschland sind für sieben Tonnen CO₂ pro Jahr verantwortlich – was gemessen an den Belastungsgrenzen der Erde auch immer noch viel zu viel ist. Um das 1,5 Grad-Ziel des Pariser Klimaabkommens zu erreichen, sind inzwischen nur noch deutlich unter einer Tonne pro Kopf akzeptabel.

Die Klimakrise tötet vor allem Arme. Die Wahrscheinlichkeit, durch Extremwetterereignisse umzukommen, ist für Menschen in armen Regionen oder mit Handicap 15 Mal höher als für Durchschnittsmenschen im Globalen Norden. Dabei tragen Arme viel weniger zur Erderhitzung bei. Fast fünf Milliarden Menschen sind seit 2020 ärmer geworden – 60 Prozent der Erdbevölkerung. Etwa 700 Millionen Menschen leben sogar in extremer Armut. In der gleichen Zeit konnten die fünf reichsten Männer der Welt ihr Vermögen verdoppeln.

Wir danken dem oekom-Verlag für die Erlaubnis zum Nachdruck dieser Grafik aus Esther Gonstallas Buch „Was wäre, wenn...“ (oekom 2024).



Es ist günstiger, jetzt mit Hochdruck in den Klimaschutz zu investieren, als abzuwarten, bis Schäden durch Extremwetterlagen überhandnehmen. Dann kostet es mindestens das Fünffache, in manchen Vorhersagen sogar das 25-fache der Präventivkosten.

... zum Beispiel durch Waldbrände, Überflutungen, Dürren und Hitzewellen.

Superreiche gerecht besteuern!

Die G20 schlagen eine globale Milliardärsteuer vor. Deutschland muss jetzt die Vermögensteuer wieder einführen

Milliardäre in Deutschland und anderen Ländern zahlen prozentual deutlich weniger Steuern und Abgaben als Durchschnittsverdienende. Die brasilianische Regierung schlug vor diesem Hintergrund eine „Milliardärsteuer“ vor und erreichte, dass die Idee einer globalen Mindeststeuer für Superreiche in der Abschlusserklärung des G20-Gipfels im letzten November festgehalten wurde. Bereits im Herbst 2023 wurde auf UN-Ebene beschlossen, eine globale Steuerrahmen-Konvention zu erarbeiten. Die Milliardärsteuer könnte Teil davon werden.

Der französische Ökonom Gabriel Zucman hat im Auftrag der brasilianischen Regierung ein konkretes Modell entwickelt: Danach müssten Privatpersonen mit einem Vermögen von über 100 Millionen US-Dollar jährlich mindestens zwei Prozent ihres Vermögens als Steuern entrichten. Bereits bezahlte Einkommen- und Vermögensteuer dürften die Milliardäre anrechnen, Steuertricks und Steuerprivilegien hingegen nicht.

Die Umsetzung einer globalen Milliardärsteuer muss jeweils national erfolgen. Im deutschen Steuersystem wäre dazu die Wiedereinsetzung der Vermögensteuer erforderlich. Das Modell von Zucman würde dabei Einnahmen in Höhe von 11 bis 28 Milliarden Euro jährlich erbringen. Das wäre noch nicht genug für die nötigen Investitionen von 60 Milliarden Euro jährlich in Infrastruktur und Klima, aber doch ein wesentlicher Teil.

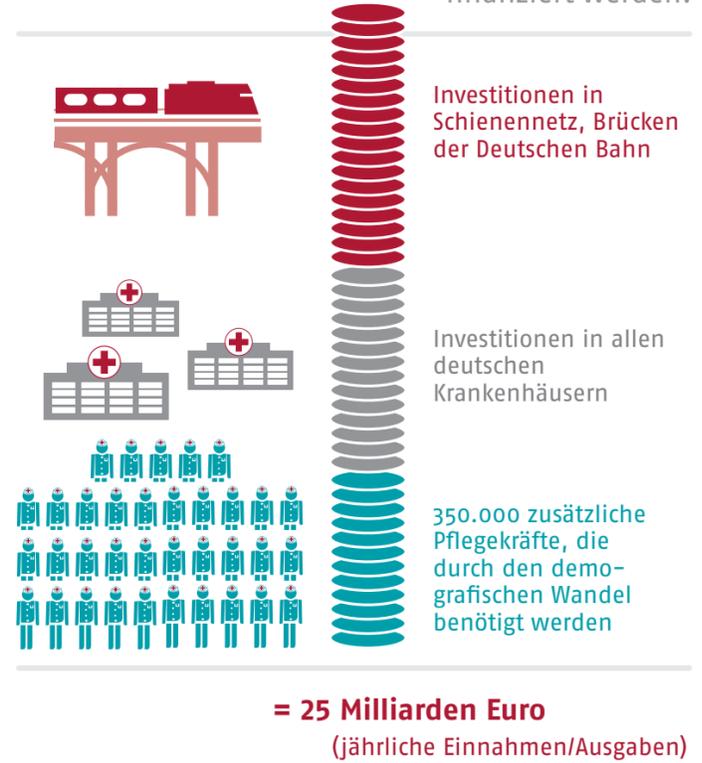
Linke, BSW, Grüne und SPD haben in ihren Wahlprogrammen eine Milliardärsteuer bzw. eine Vermögensteuer für Superreiche gefordert, CDU/CSU, AfD und FDP waren dagegen. Olaf Scholz hat im Fernsehen verkündet, dass Reiche mehr Steuern zahlen werden, wenn die SPD in die Regierung kommt. Hält seine Partei Wort, muss sich der CDU-Kanzlerkandidat Friedrich Merz bewegen. Genau das fordern 16 Organisationen aus der Allianz „Vermögen besteuern jetzt“. In einem offenen Brief verlangen sie, dass die SPD die höhere Besteuerung von Superreichen zur Bedingung für eine Koalition macht.

Die Koalitionäre in spe wollen Milliarden für die Infrastruktur über Schulden finanzieren. Es werden große Hebel benötigt, um Investitionen zu stemmen, aber für einen handlungsfähigen Staat reichen Schulden allein nicht. Friedrich Merz fordert, in Bereichen wie etwa beim Bürgergeld zu sparen. Das wäre ungerecht: In Zeiten, in denen große Veränderungen anstehen, müssen starke Schultern auch mehr beitragen. Eine Vermögensteuer kann helfen, schuldenfinanzierte Investitionen mit sozialer Gerechtigkeit zu verbinden und Spielräume für Entwicklungszusammenarbeit, humanitäre Hilfe und soziale Sicherheit zu schaffen.

VERMÖGENSTEUER VON 2 %

auf Vermögen ab 100 Mio. Euro

Damit könnte bis 2035 finanziert werden:



Quelle: Gemeingut

Was tun!

Petition unterzeichnen

Ab 30.000 gesammelten Unterschriften muss der Petitionsausschuss des Bundestages eine öffentliche Anhörung zur Vermögenssteuer einberufen. Bis zum 11. August kann dazu auf der Seite des Bundestages unterschrieben werden. [Attac.de/taxtherich](https://attac.de/taxtherich)



Andere informieren

Diese Sonderseiten können kostenlos zum Weiterverteilen bestellt werden. Schreibt die gewünschte Anzahl an info@gemeingut.org. Die Grafiken der Sonderseiten können auch online geteilt werden: instagram.com/vermoegenbesteuernjetzt



Abgeordneten von der Bürgerdebatte berichten

Am 29. Juni 2025 haben die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Bürgerdebatte gerechte Steuern und Finanzen Empfehlungen an die Politik beschlossen. Vermögen gerechter zu besteuern fordern 89,7 Prozent, 92,3 Prozent wollen eine gerechtere Erbschaftssteuer. steuerdebatte.info



Städte und Gemeinden gewinnen

Überzeugt eure Kommune von der Vermögensteuer (z. B. „Ich, Bürgermeisterin / Bürgermeister von ..., verlange von der Bundesregierung, dass in Deutschland schnellstmöglich wieder eine Steuer auf große Vermögen erhoben wird“). Ideen, Erfolge und Erfahrungen könnt ihr gerne an Gemeingut senden: info@gemeingut.org

Wer weiß?

Antworten:
 1 Umgerechnet 415,023 Dollar pro Tag seit Christi Geburt, also 380.000 Euro.
 2 Das sind 44,95 Prozent der Weltbevölkerung.
 3 20 Millionen Jahre.
 4 Das sind 130 Leute.
 5 Zufällig ist das auch genau die Anzahl der Milliardär:innen in Deutschland.
 6 Mit 50 Jahren besitzt er 108 Millionen Euro. Mit 75 sind es 1,27 Milliarden Euro.

1 Die Flüchtlinge Maria und Joseph waren zu Christi Geburt so arm, dass sie ihr Neugeborenes in einer Futterkrippe betten mussten. Elon Musk, der reichste Mensch der Welt, hat ein Vermögen von 334 Milliarden Dollar angehäuft, das sind etwa 305 Milliarden Euro. Wie viel hätte man einer Maria-Joseph-Stiftung jeden Tag schenken müssen, damit sie heute so reich wie Musk wären? Alle Zinsen oberhalb der Inflation wären an gute Zwecke gegangen.

2 Wer von weniger als 6,55 Euro (6,85 US-Dollar) täglich leben muss, gilt laut Weltbank als arm. Welcher Anteil der Weltbevölkerung ist davon betroffen?

3 Das Vermögen der Familie hinter dem Pharmaunternehmen Boehringer Ingelheim wird auf 50 bis 100 Milliarden Euro geschätzt. Man weiß es nicht genau, weil Vermögen seit dem Aussetzen der Vermögensteuer 1998 staatlich nicht mehr erfasst werden. Wie lange müsste eine alleinerziehende Mutter mit einem Monatsgehalt von 2.000 Euro netto sparen (Sparquote zehn Prozent, die Zinsen spendet die Frau für gute Zwecke), bis sie auch so reich wäre?

4 Der Investitionsstau bei der Infrastruktur in Deutschland wird auf 600 Milliarden Euro geschätzt. Wie viele Menschen haben zusammen so viel Geld, vom Reichsten angefangen?

5 Ein Mann erbt im Alter von 25 Jahren 10 Millionen Euro. Dank guter Anlageberatung kann er es mit einer durchschnittlichen Rendite von 10 Prozent anlegen. Er spendet nichts und zahlt auch keine Vermögensteuer. Wie viel Geld hat er, wenn er 50 Jahre alt ist, und wie viel nennt er sein eigen, wenn er seinen 75 Geburtstag feiert?

Impressum

Herausgeber:
 Attac Trägerverein e. V.
 Gemeingut in BürgerInnenhand e. V.
 Deutscher Gewerkschaftsbund
 Sozialverband VdK Deutschland e. V.
 c/o Gemeingut, Weidenweg 37, 10249 Berlin
Mail: info@gemeingut.org
Konzeption und Redaktion: Annette Jensen, Ute Scheub und Carl Waßmuth
V.i.S.d.P.: Carl Waßmuth, Gemeingut in BürgerInnenhand e. V.
Grafiken: Esther Gonstalla
Produktion: Michael Uszinski
Druck: MegaDruck.de Produktions- und Vertriebs GmbH, Am Haferkamp 4, 26655 Westertede
 3., aktualisierte Auflage

Creative Commons Licence
 Die Grafiken und Texte der Sonderseiten stehen unter der Creative Commons Licence CC BY NC SA 4.0. Sie dürfen und sollen unter Nennung der Quelle überall verwendet werden, wo es sinnvoll ist und nichtkommerziell zugeht: als Plakate auf Demos, an Fenstern und Türen, als Grafiken an Infoständen, als Bilder in Social Media, als Botschaften in Aufrufen und privaten Mails.

Der „Allianz Vermögen besteuern jetzt“ gehören an:
Erstunterzeichnende Organisationen: attac Deutschland, AWO Bundesverband, AWO International e. V., Brot für die Welt, Deutscher Gewerkschaftsbund, Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft e. V., Gemeingut in BürgerInnenhand, Germanwatch e. V., Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), Greenpeace e. V., Klima-Allianz Deutschland, Misereor e. V., Netzwerk Steuergerechtigkeit, Oxfam Deutschland e. V., Paritätischer Gesamtverband, Sozialverband Deutschland (SoVD), taxmenow – Initiative für Steuergerechtigkeit e. V., ungleichheit.info, Sozialverband VdK Deutschland, Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di), WEED e. V. – Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung, 350.org Deutschland. **Weitere Unterstützer:innen:** Mein Grundeinkommen e. V., wer hat der gibt, Konzeptwerk Neue Ökonomie, Oldies for Kids, jesuitenweltweit, Ukamazentrum der Jesuiten für sozialökologische Transformation, Bündnis für Menschenwürde und Arbeit Mönchengladbach, Rebalance Now, Forum Umwelt & Entwicklung, FIAN Deutschland e. V., Förderverein internationales Fluchtmuseum e. V., Initiativgruppe Bedingungsloses Grundeinkommen Rhein-Main, Gemeinwohl-Ökonomie Deutschland e. V.

Diese Sonderseiten wurden ermöglicht durch die finanzielle Unterstützung von:



Spendenaufwurf

Unterstützen Sie diese Sonderseiten mit Ihrer Spende! Mit den Spenden finanzieren wir den Druck dieser und weiterer Exemplare. Sie können bei uns auch Exemplare zum Verteilen bestellen unter: info@gemeingut.org

Sie können schnell und sicher online spenden: <https://www.gemeingut.org/spenden>
 Als Betreff geben Sie bitte „Gerechte Steuer“ an.

Ihre Spende können Sie auch auf dieses Konto überweisen:
Gemeingut in BürgerInnenhand e. V.
GLS Bank
IBAN: DE20 4306 0967 1124 2291 00
BIC: GENODEM1GLS
Kennwort „Gerechte Steuer“
 Wenn Sie eine Spendenbescheinigung wünschen, vergessen Sie bitte nicht, Ihre Adresse anzugeben! Der Verein „Gemeingut in BürgerInnenhand e. V.“ ist als gemeinnützig anerkannt, Ihr Förderbeitrag damit steuerlich absetzbar. Spendenquittungen versenden wir zu Beginn des nächsten Jahres.

Bewegungsstiftung
 Anstöße für soziale Bewegungen
 Gefördert durch: www.bewegungsstiftung.de